



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

23. Mai 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

gestern in der Fraktionssitzung haben wir alle nochmal den Nordrhein-Westfalen gratuliert.

Das war ein schöner Sonntag, dieser Muttertag! Meine Wünsche, die ich im letzten Brief aus Berlin formuliert hatte, sind in Erfüllung gegangen. SPD und Grüne haben eine ordentliche eigene Mehrheit in Nordrhein-Westfalen erzielt, die CDU hat das schlechteste Ergebnis im größten deutschen Bundesland seit 1947 eingefahren. Das hat die Konservativen in einen Schockzustand versetzt. Zuerst kam das unkontrollierte Lospoltern von Horst Seehofer gegen Röttgen, gegen Merkel und gegen die schwarz-gelbe Koalition im Allgemeinen in einem Fernsehinterview. Dann folgte – unter unklaren Umständen – der Rauswurf von Röttgen aus dem Kabinett. Souveränität einer Kanzlerin sieht anders aus. Merkel hat ihren größten Landesverband vor den Kopf gestoßen. Dort rumort es öffentlich vernehmlich. Röttgen ist derzeit der letzte einer langen Reihe von gescheiterten, gestürzten, zurückgetretenen oder abgewählten Merkel-Getreuen. Es wird einsam um die Kanzlerin und die Personaldecke der Union ist dünn geworden.

Die SPD ist derzeit in einer guten Situation: Wer gewinnt, hat alles richtig gemacht. :-). Wir sind aber dabei, die Zeit nach Merkel vorzubereiten und ruhen uns nicht auf unseren Lorbeeren aus. Deutschland darf vor den großen Risiken – von der Energiewende bis zur sozialen Spaltung der Gesellschaft – nicht die Augen verschließen.

Wir haben große Aufgaben zu stemmen, um unser Land auf die Zukunft einzustellen. Deshalb wollen wir im September zu einem Zukunftskongress der Fraktion nach Berlin einladen. Dort werden wir Antworten auf die großen Aufgaben vorstellen, die wir im „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ gemeinsam im Dialog mit der Gesellschaft erarbeitet haben. Wir formulieren damit das Angebot für eine neue rot-grüne Regierung im Bund.

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

Euse / Ihre Brigitte Zypries

Documenta-Fahrt

Vom 9. Juni bis 16. September findet in Kassel eine der weltweit bedeutendsten Ausstellungen zeitgenössischer Kunst – die Documenta – statt.

Am Mittwoch, den 22. August 2012 möchte ich gemeinsam mit Ihnen die Reise nach Kassel antreten.

Wir fahren mit dem Bus **um 7.00 Uhr** ab Hauptbahnhof Darmstadt, **Rückfahrt: 17.00 Uhr** ab Kassel; **Kosten: 18 Euro** pro Person plus Eintrittskarte zur Documenta, die 20 Euro kostet.

Es sind noch 20 Plätze frei!

Anmeldung erbeten an:
brigitte.zypries@wk.bundestag.de



Veranstaltungstipp „IT & Media“ in Darmstadt

Auf der ersten „IT & Media“ vom 30.–31. Mai in Darmstadt, die ich als Schirmherrin begleite, stellen mehr als 220 Aussteller die Möglichkeiten der heutigen Informationstechnik zur Schau.

Im Wesentlichen geht es bei dieser Fachmesse um Unternehmenssoftware und Verbesserung der IT-Infrastruktur. Neben vielen anderen Programmpunkten wird eine Konferenz mit 46 Vorträgen stattfinden, unter anderem zum Thema, wie iPad und iPhone richtig im Unternehmen eingesetzt werden können.

Zum Abschluss ist dann noch eine große Messe-Party mit bekannten Künstlern vorgesehen – zum Beispiel tritt Hans-Joachim Heist auf, den man als „Gernot Hassknecht“ aus der ZDF-Satiresendung „Heute Show“ kennt.

Alle Informationen zu Programm und Anmeldung gibt es [hier](#).

Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes

12.000 Menschen warten in Deutschland auf eine Organtransplantation. Sehr viele von Ihnen sterben, während sie warten – denn die Wartezeiten sind in der Regel sehr lang. **Wir haben in Deutschland die absurde Situation, dass zwar die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu einer Organspende nach dem Tod bereit wäre** – laut einer Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im vergangenen Jahr 74 Prozent – **nur 25 Prozent allerdings haben diese Bereitschaft mit einem Organspenderausweis dokumentiert!** Die Bundestagsabgeordneten der SPD, die auf dem Bild links zu sehen sind, haben alle ihren Organspenderausweis in der Hand.

Nach Initiativen von Frank-Walter Steinmeier konnten wir in einem Gruppen-Antrag mit Abgeordneten von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen jetzt die Forderung nach einer gesetzlichen Einführung der sogenannten **Entscheidungslösung** erreichen. Bürgerinnen und Bürger sollen künftig aufgefordert werden, eine unabhängige und informierte Entscheidung zur Organ- und Gewebespende abzugeben. **Krankenkassen und private Krankenversicherungsunternehmen müssen ihren Versicherten über 16 Jahren dazu Informationsmaterial und Organspenderausweise zur Verfügung stellen und sie zu einer Erklärung auffordern.** Sobald dies technisch möglich ist, kann die Erklärung auch auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeichert werden. Bund und Länder müssen bei der Ausgabe von Ausweisdokumenten Aufklärungsunterlagen und Organspenderausweise aushändigen.

Es wird natürlich auch künftig keine Pflicht geben, eine Entscheidung zu fällen und zu dokumentieren. Ohne Erklärung entscheiden weiterhin die nächsten Angehörigen über eine Organspende nach dem Tod.

Vielleicht weil wir alle dazu neigen, den Gedanken an den eigenen Tod zu verdrängen, schieben wir auch das Thema Organspende leicht beiseite. Es gibt allerdings eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die belegt, dass Menschen, die gut informiert sind, eher einen Organspenderausweis haben und der Organ- und Gewebespende positiv gegenüberstehen. Organtransplantation ist kein Allheilmittel und die Patienten bleiben ihr Leben lang auf starke Medikamente angewiesen. **Aber: Vielen schwerkranken Menschen kann durch Organtransplantation geholfen werden – die Organspende rettet Leben und erleichtert Leiden.**

Dieser fraktionsübergreifende Gesetzentwurf wird nun am Freitag im Bundestag diskutiert und abgestimmt.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
Florian Bohn/Hannes Nonhebel (S. 2)
[aboutpixel/](#) *Rainer Sturm (S. 3)*

Die Energiepolitik der Bundesregierung ist konzeptlos – wir brauchen einen Masterplan!

Der Rauswurf von Ex-Umweltminister Norbert Röttgen belegt es endgültig: Sogar die Kanzlerin hat mittlerweile gemerkt, dass die Energiewende in Deutschland nicht vernünftig vorangebracht wird.

Die Energiepolitik der Bundesregierung ist konzeptionslos und mangelhaft. Dadurch wird die Energiewende verzögert – notwendige Investitionen werden gehemmt und die Versorgungssicherheit wird gefährdet. Es ist nur zu gut verständlich, dass Energieversorger und Industrie dadurch verunsichert sind! Verunsichert sind übrigens genauso die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Die Energiewende ist nicht einfach ein Ereignis und man darf den Atomausstieg nicht isoliert sehen oder wie eine tagespolitische Entscheidung behandeln! **Die Energiewende ist ein Prozess, der ohne vernünftiges Konzept nicht funktionieren kann. Leider krankt die Energiepolitik der Bundesregierung an Konzeptionslosigkeit und schwächt auch noch bei der inneren Abstimmung.** Inhaltliche Widersprüche führen dann dazu, dass dringend notwendige Regelungen verzögert werden.

Deshalb fordert die SPD jetzt in einem Antrag die Bundesregierung dazu auf, gemeinsam mit den Ländern einen **Masterplan Energiewende** aufzustellen. Darin sollen Maßnahmen zur Energieeinsparung, Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien enthalten sein – und natürlich auch der Ausbau von Übertragungs- und Speicherinfrastrukturen! Zudem muss die Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch ergänzende konventionelle Kapazitäten thematisiert werden. Und schließlich ist ein Monitoring zur Energiewende nötig, damit man Fehlentwicklungen schnell erkennen und korrigieren kann. Der Antrag wird am Freitag Nachmittag im Plenum diskutiert.

Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten stärken

Viele junge Menschen steigen über ein Praktikum in den Beruf ein. Dabei werden sie als kostenlose Arbeitskräfte oft ausgebeutet. In unserem Antrag, der am Donnerstag Abend diskutiert wird, fordern wir die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen: **Praktika sollen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) definiert werden. Ein schriftlicher Vertrag muss obligatorisch werden. Wenn sich aus einem Praktikum anschließend ein Arbeitsverhältnis ergibt, dann muss das Praktikum auf den Kündigungsschutz angerechnet werden.** Wir wollen, dass die Bundesregierung mit den Ländern, Hochschulen und der Bundesagentur für Arbeit bessere Informations- und Regelungsmöglichkeiten für Praktika schafft und so die Bedingungen für junge Berufseinsteiger verbessert!